



Vor zwei Wochen hat die Axpo ihre Pläne zur langfristigen Sicherstellung der schweizerischen Stromversorgung vorgestellt und damit eine Debatte über die künftige Energiepolitik ausgelöst. Diese Diskussion tut Not, weil die längerfristigen Energie – Perspektiven eine grosse Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.

Ausgangslage

Die Schweiz, eine Industrienation verbraucht sehr viel Energie in Form von Strom, Treib- und Brennstoff (jährlich rund 250 Terawattstunden). Der Gesamtverbrauch ist zunehmend.

58 %	Erdöl
12 %	Erdgas
23 %	Strom (3/5 Wasserkraft; 2/5 Kernenergie)
7 %	Diverse erneuerbare Energieträger

Unsere Energieversorgung ist als zu mehr als vier Fünfteln vom Ausland abhängig.

Lassen Sie mich zu der allgemeinen Situation folgendes bemerken:

CO2-Problematik / Kyoto Protokoll

Zur Eindämmung der globalen Klimaerwärmung wurde 1997 das sog. Kyoto Protokoll verfasst. Die Schweiz hat es 2003 ratifiziert. Es ist seit 16. Febr.. 2005 in Kraft und für die Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich verbindlich. Für die Schweiz verlangt es für den Zeitraum 2008-2012 eine Reduktion der Treibhausgase um 8%, ausgegangen vom Referenzwert von 1990.

Kernstück der Umsetzung ist das CO2 Gesetz, welches vor allem den fossilen Energieverbrauch und damit auch den CO2 Ausstoss senken will. Der Bundesrat hat am 23. März seine diesbezüglichen Vorstellungen präsentiert:

Auf den fossilen Brennstoffen (Heizöl und Erdgas) soll künftig eine Lenkungsabgabe von ca. 9 Rappen pro Liter erhoben werden. Sie soll an die Bevölkerung in Form von Krankenkassenbeiträgen und an die Wirtschaft auf Grund der Lohnsummen zurückfliessen.

Für den Treibstoff (Benzin und Diesel) will der Bundesrat den sog. Klimarappen umsetzen. Dabei handelt es sich um einen Vorschlag der Wirtschaft. Er sieht vor,



den Treibstoff mit 1,6 Rappen pro Liter zusätzlich zu belasten. Der Ertrag von jährlich ca. 100 Millionen Fr. soll für Förderung von erneuerbaren Energie, die Wärmedämmung an Gebäuden und den Zukauf von ausländischen CO2 Zertifikaten eingesetzt werden..

Beide Vorschläge werden im Moment vom Energiedepartement ausgearbeitet und kommen noch dieses Jahr ins Parlament.

AVES Basel lehnt beide Vorschläge so ab.

Stromwirtschaft

In der Schweiz liegen Produktion, Verteilung, Handel und Verkauf von Strom in den Händen von vielen grossen und kleinen Werken und Gesellschaften. Sie gehören weitgehend der öffentlichen Hand, vor allem den Kantonen. Die grösste unter ihnen ist die Axpo, welche ausschliesslich im Besitz der Nordostschweizer Kantone ist, Im Gegensatz zu den Brenn- und Treibstoff hat die Schweiz in der Stromerzeugung bis heute eine hohe Unabhängigkeit vom Ausland bewahren können. 56 % unseres Stroms erzeugen wir aus Wasserkraft, 36 % ist im Inland produzierte Kernenergie und 4 % stammen aus anderen erneuerbaren Energiequellen. Wir produzieren jährlich ca. 60 – 70 Terawattstd. Strom. Davon brauchen wir im Inland ca. 90 %. Den Rest verkaufen wir vorwiegend als Spitzenenergie an unsere Nachbarstaaten. Auf Grund der geographischen Lage und der guten Infrastruktur wird unser Land zu Recht als Stromdrehscheibe Europas bezeichnet.

Stromversorgungsgesetz

Vor drei Jahren hat der Souverän das Elektroggesetz (EMG) abgelehnt. Im Moment befasst sich das Parlament mit einer neuen Vorlage, welche die Versorgung mit Strom auf einen neue Rechtsgrundlage stellen will. Dabei sind ein paar Eckwerte zu beachten:

Die kontrollierte Marktöffnung soll in einem Schritt mit dem Grundsatz der Wahlfreiheit der privaten Haushalte (WAS-Modell) und der vollen Öffnung für die KMU erfolgen. Dabei sollen die volkswirtschaftlichen und wettbewerbsrechtlichen Grundsätze Vorrang vor gewerkschaftlichen und verbandsorientiertem „Gärtlidenken“ erhalten. Ferner soll die notwendig gewordene Regelung für den Handel mit unseren



Nachbarstaaten im Sinne des volkswirtschaftlichen Nutzens für unser Land ausgestaltet werden. Unser Land hat als Transitland und als Erzeuger von Spitzenenergie international etwas zu bieten: Wir sind (noch) in der Rolle der Anbieter und nicht Bittsteller !

Der Einbezug der Förderung der erneuerbaren Energie ist ein gesellschafts- und umweltpolitisches Gebot der Zeit. Sie soll einen volkswirtschaftlichen Ertrag bringen und im Einvernehmen mit der Branche und den interessierten Anbietern realisiert werden. Dabei ist ein wettbewerbskonformes Ausschreibmodell einer staatlich verordneten Einspeiseregulierung vorzuziehen.

Das Stromversorgungsgesetz kommt im Herbst in den Nationalrat.

Versorgungssicherheit

Im Zusammenhang mit den dargelegten Fakten wird die Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten zu einem Politikum erster Güte. Es geht primär darum, die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Dabei ist auf eine einheimische, umweltverträgliche Produktion zu setzen. Dringend nötig erscheint eine Gesamtstrategie über alle Energieträger, Produktionen und Verbraucher. Es wäre grundsätzlich an unserem Energieminister Moritz Leuenberger, eine solche Gesamtstrategie vorzulegen. Er präsentiert zwar immer wieder Einzelvorlagen; eine Gesamtschau und Strategie ist er bis heute Volk und Parlament schuldig geblieben, Es war vor zwei Wochen als die Axpo, welche mit der Präsentation ihrer Zukunftsideen die Diskussion lanciert hat. Man mag Ihre Vorschläge begrüßen oder ablehnen, mindestens den Ball hat sie ins Rollen gebracht. Und er wird noch lange, sehr lange weiter rollen.



Erneuerbare Energien

Für unsere Zukunft spielt der Einbezug der einheimischen erneuerbaren Ressourcen eine elementare Rolle. Dabei sind in im Bereich der Brennstoffe vor allem die Biomasse (Holz) und Abwärme aus KVA zu erwähnen. Im Sektor Treibstoffe haben Biogas gute Zukunftschancen. Bei der Warmwasserraufbereitung ist der Einsatz von Solartechnik sinnvoll. Eine grosse Herausforderung wird sich im Strombereich stellen. Hier erscheinen neben dem Ausbau der Wasserkraft, Geothermie, Windkraft und Verstromung von Biogas förderungswürdig.

Dazu braucht es allerdings die Bereitschaft, die erneuerbaren Energien angemessen zu vergüten. Ich propagiere keineswegs Strom aus Photovoltaikanlagen zu 75 Rappen per kWh. Das ist unverhältnismässig. Leider ist Strom aus erneuerbaren Ressourcen aber zu 5 Rappen, wie er aus den KKW's kommt, nicht zu haben. Es gilt auch hier; Das Weggli und den Batzen gibt es nicht,

Wie weiter?

Es wäre das Problem schön geredet, wenn behauptet würde, wir könnten innerhalb von drei Jahrzehnten unsere Kernenergie-Abhängigkeit total durch erneuerbare Energien ersetzen. Deshalb ist die Diskussion, welche die Axpo eingeleitet hat, wertvoll und dringend nötig. Realistisch betrachtet, bleibt auch in einem Zeithorizont von 30 Jahren noch eine ansehnliche Produktionslücke. Die Vorstellung allerdings, dass wir anstelle der Kernenergie in Zukunft Strom aus Erdgaskraftwerken herstellen, erscheint mir jedenfalls - nicht nur wegen des zusätzlichen CO₂-Ausstosses - nicht erstrebenswert. Wenn wir die Versorgungslücke in Eigenproduktion schiessen wollen, stellt sich aus heutiger Sicht die Frage, ob dannzumal die Kernenergie nicht die bessere Option darstellt als der Zubau von Gaskraftwerken, eine in diesem Land bislang unbekannte Technik !

Insbesondere aber ist auch bei der Energieeffizienz und beim Sparen anzusetzen. Gerade im Gebäudebereich sei es bei Sanierungen von bestehenden Objekten oder im Neubau mit Mineregiestandards liegt noch viel Potential. Energiepolitisch stehen also heisse Themen vor der Türe. Sie werden uns mit Sicherheit mehr als nur einen heissen Sommer beschäftigen.